Bedingtes „Ja“ zur Nordtrasse der A 80

at. - VG Bodenheim. - Der Verbandsgemeinderat sagt ja zur Nordtrasse der 0 nur unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig mit der Autobahn die Bundesstraße 420 einschließlich der Rheinbrücke bei Oppenheim ausgebaut wird. Ein entsprender Antrag der CDU-Fraktion wurde in einer Sitzung in Nackenheim mit 13 Stimn bei neuen Enthaltungen angenommen. Zuvor war ein Antrag der SPD-Fraktion elehnt worden, die sich für die Südtrasse aussprach, weil sie erschließungs- und mdenverkehrsmäßig günstiger sei und die Oppenheimer Brücke schneller verwirkt werde. Alle Fraktionen waren sich einig, daß die Rheinbrücke Priorität besitze.

erba bürgermeister Krämer wurde iftra., sich um eine bessere ärztliche sorgung in Lörzweiler zu bemühen. Es an eine Meldestelle eventuell in der naligen Gemeindekasse gedacht. Für FWG Kiesewetter begründete Walter rwasser den Antrag. Man habe schon Anfang an bei der Begründung einer xis in Harxheim auch an Lörzweiler acht. VG-Bürgermeister Krämer wies ch darauf hin, daß man nicht nur n Arzt empfehlen könne.

ber ein positives Gespräch mit der AZ chteten K. H. Göth und Dr. Hanna ate Laurien (CDU). Das Gebot der nde sei die Anpassung an die Gegeheiten nach der Verwaltungsreform. n sprach sich für zwei durchlaufende isseiten aus. Die Verwaltung wurde stimmig beauftragt, sich weiterhin intensiv um einen einheitlichen Lokalteil für die Verbandsgemeinde zu bemühen.

Ein weiterer CDU-Antrag befaßt sich mit der Zusammenfassung des Fernsprechnetzes innerhalb der Verbandsgemeinde. Nachdem VG-Vertreter Hassinger (SPD) darauf hingewiesen hatte, daß schon 1974/75 ein Nahverkehrsbereich auf dem Postsektor vorgesehen sei, beschloß die Vertretung, sich für eine möglichst großräumige Lösung einzusetzen. Die Verwaltung erhielt den Auftrag, mit der Bundespost Verhandlungen zu führen.

Die Verwaltung soll ferner überpfüfen, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt die ständig wiederkehrenden Vorgänge insbesondere im Bereich des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens sowie bei der Veranlagung der gemeindelichen Abgaben automatisiert werden können. Ein entsprechender Antrag wurde einmütig angenommen.

Verbandsbürgermeister Krämer informierte über unerhebliche überplanmäßige Ausgaben. Für 1972 zeigte er einen Sollüberschuß im ordentlichen Haushalt von 5486,42 Mark auf. Im außerordentlichen Teil gab es 152 330 Mark Mindereinnahmen und 212 000 Mark Minderausgaben.

Die Hauptsatzung wurde in zwei Punkten geändert: Bekanntmachungswesen und pauschale Aufwandsentschädigung für die Beigeordneten. Wegen des zweiten Punktes stimmte die SPD-Fraktion gegen die Änderung.

VG-Bürgermeister Krämer informierte über die Organisationsverfügung der Bezirksregierung zum Schulkindergarten (s. AZ vom 15. Mai). Ferner teilte er mit, daß für die Renovierung des Hauses Friesenecker eine Landeszuweisung aus dem Investitionsstock in Höhe von 70 000 Mark zugesagt sei. K. H. Göth bat zu überprüfen, ob in die Schulkonzeption eine Realschule einbezogen werden könne. Wolfram Schumacher meinte, das sei ein Thema der von der SPD geforderten Nahbereichsuntersuchung.